

# **Beweisaufnahme und Beweiswürdigung im Zivilprozess**

Eine systematische Darstellung und Anleitung  
für die gerichtliche und anwaltliche Praxis

von

**Dr. Christian Balzer**

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Düsseldorf a. D.

2., überarbeitete Auflage

---

ERICH SCHMIDT VERLAG

**Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek**

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über [dnb.ddb.de](http://dnb.ddb.de) abrufbar

**Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter:**  
[ESV.info/3 503 08754 0](http://ESV.info/3_503_08754_0)

1. Auflage 2001  
2. Auflage 2005

ISBN-13: 978 503 08754 9  
ISBN-10: 3 503 08754 0

Alle Rechte vorbehalten  
© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2005  
[www.ESV.info](http://www.ESV.info)

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Bibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO Norm 9706.

Satz: multitext, Berlin  
Druck: Strauss, Mörlenbach

## **Vorwort zur zweiten Auflage**

Die durch rege Nachfrage erforderte Neuauflage erscheint zu einer Zeit, in der eine Periode vielfältiger Rechtsreformen auszuklingen erscheint. Sie haben eine Überarbeitung der Erstauflage nötig gemacht. Das überwiegend Anfang 2002 in Kraft getretene ZPO-Reformgesetz, die gleichzeitig wirksam gewordene „Modernisierung des Schuldrechts“ und weitere bis Ende März 2005 verkündete Gesetze haben auch das Beweisrecht verändert. Zu den neuen Instituten und Vorschriften zählen u.a. die elektronische Form und die Textform in §§ 126 a f. BGB, die Anerkennung elektronischer Dokumente als Mittel des Augenscheinsbeweises (§ 371 ZPO), die Verhandlung im Wege der Bild- und Tonübertragung (§ 128 a ZPO), die Erweiterung der Vorlagepflichten auf Dritte (§§ 142, 144, 371 ZPO), das aus anderen Akten geborgte Sachverständigengutachten (§ 411 a ZPO), die Haftung des Sachverständigen auf Schadensersatz (§ 839 a BGB), die teils nur äußerliche Neuordnung des Berufungsverfahrens, insbesondere die Abschaffung von Tatbestand und Entscheidungsgründen im Berufungsurteil durch den nur schwer zu durchschauenden § 540 ZPO, die Beweiskraft elektronischer Dokumente und deren Ausdrücke (§§ 371 a, 411 a ZPO) und die VO (EG) Nr. 1206/2001 über Beweisaufnahmen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.

Auch das Kostenrecht ist durchgreifend geändert worden. Die Bundesrechtsanwaltsgebührenordnung (BRAGO) ist ersetzt durch das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG), das die Beweisgebühr abgeschafft hat, und an die Stelle des Gesetzes über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen (ZuSEG) ist das Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz getreten (JVEG). Das Gerichtskostengesetz (GKG) ist völlig umgekrempelt worden.

Seit Erscheinen der 1. Auflage hat auch die Rechtsprechung zur Fortentwicklung des Beweisrechts beigetragen, z.B. durch Entscheidungen zu Beweismittelverboten, zum rechtlichen Gehör und zum neuen § 540 ZPO. Solche bis zum 31. 3. 2005 veröffentlichte Entscheidungen sind berücksichtigt.

Rezensenten der Erstauflage haben mich zu einigen Vertiefungen und Verbesserungen angeregt. Dafür bin ich ihnen sehr dankbar.

Düsseldorf, im April 2005

Christian Balzer

## **Vorwort zur ersten Auflage**

Dieses Buch wendet sich an Richter, zumal junge Richter, an Schiedsrichter, Rechtsanwälte und Referendare. Es versucht, ein für sie geläufiges Thema systematisch darzustellen und ihnen für die Organisation der Beweisaufnahme, für ihr Vorgehen im Beweistermin und für die Beweiswürdigung Ratschläge und Anregungen zu geben. Sie sollen zu allen relevanten Fragen eine brauchbare Antwort vorfinden. Als Wegweiser dienen ein ausführliches Inhaltsverzeichnis und ein umfangreiches Stichwortregister. Damit zu jedem Unterthema die Darstellung möglichst geschlossen bleibt, wurde auf Verweisungen auf andere Abschnitte weitgehend verzichtet; dafür müssen allerdings einige Wiederholungen in Kauf genommen werden.

Der Darstellung liegen gemäß einer Vorgabe des Verlegers in erster Linie die Erfahrungen aus einem langen Berufsleben zugrunde. Die Auseinandersetzung mit Lehrmeinungen in Literatur und Rechtsprechung sollte in den Hintergrund treten. Ohne solche Beschränkung erscheint es heutzutage in der Tat unmöglich, einen juristischen Themenkomplex in handlicher Form darzubringen. Die Flut der zu jeder Einzelfrage vorhandenen Urteile und Kommentare droht jede Übersichtlichkeit hinwegzuspülen. Deshalb wurden hier nur wenige Zitate hinzugesetzt, nämlich wenn auf die Problematik des gerade behandelten Punktes hingewiesen werden sollte, für die Meinung des Verfassers eine Rechtfertigung nötig erschien oder der Leser durch das Fundstellenzitat auf eine tiefergehende Behandlung des angesprochenen Komplexes hingelenkt werden sollte.

Rechtsprechungszitate wurden auf Entscheidungen der obersten Bundesgerichte beschränkt. Als Fundstelle wurde die NJW bevorzugt, weil sie auf dem Gebiete des Zivil- und Zivilprozessrechts nun einmal weiter verbreitet und leichter zugänglich ist als andere Publikationen.

Düsseldorf, im August 2000

Christian Balzer

## Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
Vorwort zur zweiten Auflage.....	5	
Vorwort zur ersten Auflage.....	6	
Abkürzungsverzeichnis.....	15	
<b>1. Grundlagen des Beweisrechts.....</b>	<b>17</b>	<b>1– 40</b>
<b>1.1 Beweis und Beweisgegenstand.....</b>	<b>17</b>	<b>1– 2</b>
<b>1.2 Beweisbedürftigkeit.....</b>	<b>17</b>	<b>3– 40</b>
1.2.1 Keine Beweisbedürftigkeit: Feststehende Tatsachen.....	17	3
1.2.2 Beweisbedürftigkeit im Bereich der Sach- entscheidung.....	18	4– 28
1.2.2.1 Prozessrechtliche Aspekte.....	18	5– 20
Das Bestreiten.....	18	5
<i>Pauschalformeln</i> .....	19	6
<i>Vollständigkeits- und Wahrheitsgebot</i> .....	19	7
<i>Substantiierung</i> .....	20	8– 15
Die Erklärung mit Nichtwissen.....	27	16– 18
1.2.2.2 Unerheblichkeit der Gegenerklärung aus materiellrechtlichen Gründen.....	28	19– 20
1.2.2.3 Darlegungslast und Beweislast.....	29	21– 28
1.2.3 Beweisbedürftigkeit bei Sachentscheidungs- voraussetzungen.....	33	29– 40
1.2.3.1 Prozesseinreden.....	33	30
1.2.3.2 Prüfung der Sachentscheidungsvoraus- setzungen von Amts wegen.....	33	31
1.2.3.3 Fehlen der Beweisbedürftigkeit bei Koinzidenz. Rechtsweg und Zuständigkeit.....	35	32– 39
Parteifähigkeit.....	35	33
Parteifähigkeit.....	35	34
Prozessführungsbefugnis.....	36	35– 37
Feststellungsklage.....	37	38
Präklusion durch Rechtskraft.....	38	39
1.2.3.4 „Zulässigkeit per se“.....	38	40
<b>2. Die Beweisaufnahme.....</b>	<b>39</b>	
<b>2.1 Beweisaufnahme im allgemeinen.....</b>	<b>39</b>	
2.1.1 Beweisfragen.....	39	41

## Inhaltsverzeichnis

		Seite	Randnummer
2.1.2	Die Beweismittel: Benutzung von Amts wegen oder auf Antrag . . . . .	39	42
2.1.3	Beweisprogramm – Beweisantritte – Beweisfähigkeit . . . . .	40	43
2.1.4	Zurückweisung von Beweisanträgen . . . . .	41	44– 60
2.1.4.1	Mängel des unter Beweis gestellten Parteivortrags . . . . .	42	45– 47
2.1.4.2	Zurückweisung wegen Verspätung . . . . .	43	48– 50
2.1.4.3	Zurückweisung aus beweisrechtlichen Gründen	44	51– 58
	Unerlaubte Beweismittel (Beweisverwertungsverbote). . . . .	44	51
	Mängel in der Bezeichnung des Beweismittels. . . . .	46	52– 53
	Voraussichtliche Unergiebigkeit des Beweismittels . . . . .	47	54
	Indizienschwäche . . . . .	48	55
	Isolierter Gegenbeweisantritt. . . . .	49	56
	Abgeschlossene Überzeugungsbildung . . . . .	49	57
	Schätzung nach § 287 ZPO . . . . .	50	58
2.1.4.4	Das Beweiserhebungsverbot des § 91a ZPO ..	51	59– 60
2.1.5	Beweisanordnungen im allgemeinen . . . . .	52	61– 66
2.1.5.1	Der Beweisbeschluss (s. Anhang 1) . . . . .	52	62– 65
	Vorbemerkung . . . . .	52	62
	Notwendigkeit eines Beweisbeschlusses . . . . .	52	63– 65
	<i>Besonderes Verfahren</i> . . . . .	53	63
	<i>Beweisaufnahme vor der mündlichen Verhandlung</i> . . . . .	53	64
	<i>Parteivernehmung</i> . . . . .	54	65
2.1.5.2	Die vorbereitende Verfügung nach § 273		
	Abs. 2 bis 4 . . . . .	55	66
2.1.6	Die beweisaufnehmenden Richter. . . . .	55	67– 75
2.1.6.1	Der beauftragte Richter . . . . .	56	68– 73
2.1.6.2	Der ersuchte Richter. . . . .	58	74
2.1.6.3	Der Vorsitzende in der Kammer für Handels- sachen . . . . .	59	75
2.1.7	Das Beweisaufnahmeprotokoll . . . . .	59	76–100
2.1.7.1	Entbehrlichkeit des Protokolls . . . . .	59	77– 78
	Unanfechtbarkeit des streitigen Urteils . . . . .	59	77
	Entfallen eines streitigen Urteils . . . . .	60	78
2.1.7.2	Protokollsurrogate . . . . .	60	79– 80
	Beweisfeststellungen im Urteil. . . . .	60	79
	Der Berichterstattevermerk . . . . .	61	80

## Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
2.1.7.3	Die Errichtung des Protokolls . . . . .	62 81– 94
	Grundzüge . . . . .	62 81– 82
	Reinschrift und vorläufige Aufzeichnung . . . . .	63 83– 85
	Unmittelbare und mittelbare Aufzeichnung. . . . .	65 86– 87
	Genehmigung der Aufzeichnung . . . . .	66 88– 90
	Verzicht auf Wiedergabe . . . . .	67 91– 94
2.1.7.4	Protokollberichtigung . . . . .	68 95–100
	Berichtigung des fertigen Protokolls . . . . .	68 95– 98
	Berichtigung des unfertigen Protokolls (Protokollentwurfs) . . . . .	70 99–100
<b>2.2</b>	<b>Die Beweismittel und ihre Erschließung</b>	
	<b>im einzelnen . . . . .</b>	71 101–311
<b>2.2.1</b>	<b>Einnahme des Augenscheins . . . . .</b>	71 101–106
2.2.1.1	Eigenart und Anwendungsbereich. . . . .	71 101–104
2.2.1.2	Beweisanordnung . . . . .	73 105
2.2.1.3	Protokollierung . . . . .	74 106
<b>2.2.2</b>	<b>Der Zeugenbeweis . . . . .</b>	74 107–198
2.2.2.1	Der Zeuge . . . . .	75 108–139
	Aufgaben des Zeugen . . . . .	75 108–109
	Zeugnisfähigkeit . . . . .	75 110
	Zeugenpflichten. . . . .	75 111–119
	<i>Erscheinenspflicht</i> . . . . .	76 112–115
	<i>Aussagepflicht</i> . . . . .	78 116
	<i>Selbstinformationspflicht</i> . . . . .	78 117
	<i>Eidespflicht</i> . . . . .	79 118–119
	Aussageverbote (Beweiserhebungsverbote) . . . . .	79 120–122
	Zeugnisverweigerung . . . . .	81 123–133
	<i>Zeugnisverweigerung aus familiären Gründen</i> ( <i>§ 383 Nr. 1–3</i> ) . . . . .	81 124–126
	<i>Schutz vor vermögensrechtlichen Nachteilen</i> ( <i>§ 384 Nr. 1</i> ) . . . . .	83 127
	<i>Schutz vor sittlicher Bedrängnis (§ 384 Nr. 2)</i> . . . . .	83 128
	<i>Schutz beruflicher Schweigepflichten</i> ( <i>§ 383 Abs. 1 Nr. 4–6</i> ) . . . . .	84 129–130
	<i>Schutz des Kunst- oder Gewerbegeheimnisses</i> ( <i>§ 384 Nr. 3</i> ) . . . . .	85 131
	<i>Form der Aussageverweigerung und</i> <i>Zwischenstreit</i> . . . . .	85 132–133
	Entschädigungsanspruch des Zeugen . . . . .	87 134–139
2.2.2.2	Anordnung des Zeugenbeweises . . . . .	88 140–151
	Verfügung nach § 273 Abs. 2 Nr. 4 ZPO. . . . .	88 141

## Inhaltsverzeichnis

		Seite	Randnummer
	Beweisbeschluss (Muster in Anhang 1) . . . . .	90	142–144
	Auslagenvorschuss . . . . .	92	145–148
	Terminplanung . . . . .	95	149–151
2.2.2.3	Die Zeugenvernehmung . . . . .	96	152–187
	Schwächen einer Zeugenaussage und Folgerungen für die Vernehmung . . . . .	96	152–158
	<i>Wahrnehmung</i> . . . . .	96	153–155
	<i>Wiedergabe</i> . . . . .	98	156–158
	Behandlung des Zeugen . . . . .	100	159–161
	Ermahnung und Belehrung . . . . .	102	162–163
	Vernehmung zur Person . . . . .	102	164–168
	Vernehmung zur Sache . . . . .	105	169–187
	<i>Bericht des Zeugen „im Zusammenhang“</i> . . . . .	105	169–171
	<i>Ergänzende Befragung des Zeugen durch das     Gericht (Verhör)</i> . . . . .	108	171–181
	<i>Befragung des Zeugen durch die Parteien</i> . . . . .	112	182–184
	<i>Fakultative Belehrung über Aussageverwei-     gerungsrechte</i> . . . . .	114	185
	Vernehmung weiterer Zeugen und Gegen- überstellung . . . . .	115	186
	Vernehmung ausländischer Zeugen . . . . .	116	187
2.2.2.4	Zeugenbeeidigung . . . . .	116	188–191
2.2.2.5	Die schriftliche Zeugenaussage . . . . .	118	192–198
2.2.2.6	Verwertung von Protokollen aus anderen Verfahren . . . . .	120	198 a
<b>2.2.3</b>	<b>Beweis durch Sachverständige (§§ 402–414)</b> . . . . .	120	199–244
2.2.3.1	Funktion des Sachverständigen . . . . .	120	199
2.2.3.2	Notwendigkeitsprüfung . . . . .	121	200–201
2.2.3.3	Pflichten des Sachverständigen . . . . .	122	202–208
2.2.3.4	Beweisanordnung . . . . .	124	209–217
	Gutachten – mündlich oder schriftlich? . . . . .	124	209
	Verfügung oder Beweisbeschluss? . . . . .	124	210–213
	Auswahl des Sachverständigen . . . . .	126	214
	Vorschussanordnung . . . . .	126	215–217
	<i>Beweiserhebung auf Antrag</i> . . . . .	126	216
	<i>Beweiserhebung von Amts wegen</i> . . . . .	127	217
2.2.3.5	Das mündliche Gutachten . . . . .	127	218–219
2.2.3.6	Das schriftliche Gutachten . . . . .	128	220–225
2.2.3.7	Ablehnung des Sachverständigen . . . . .	131	226–236
	Allgemeines . . . . .	131	226
	Ablehnungsgründe . . . . .	131	227–229



## Inhaltsverzeichnis

		Seite	Randnummer
	Das Ablehnungsgesuch . . . . .	132	230–233
	Das Verfahren . . . . .	134	234–236
2.2.3.8	Entschädigung des Sachverständigen . . . . .	135	237–244
	Entschädigungsanspruch nach dem JVEG . . . . .	135	237–239
	Verlust und Kürzung des Entschädigungs- anspruchs . . . . .	136	240–244
2.2.3.9	Schadensersatzpflicht des Sachverständigen wegen Gutachtenfehlern . . . . .	137	244 a
2.2.3.10	Das geborgte Gutachten . . . . .	138	244 b
<b>2.2.4</b>	<b>Der Urkundenbeweis (§§ 415–444) . . . . .</b>	<b>138</b>	<b>245–284</b>
2.2.4.1	Die Urkunde . . . . .	138	245–246
2.2.4.2	Unterscheidung der Urkunden . . . . .	139	247–255
	Unterscheidung nach der Herkunft . . . . .	139	247–248
	<i>Öffentliche Urkunden</i> . . . . .	139	247
	<i>Privaturkunden</i> . . . . .	140	248
	Unterscheidung nach der Beweiskraft . . . . .	141	249–255
	<i>Öffentliche Beurkundung der Erklärung</i> <i>Dritter (§ 415)</i> . . . . .	141	250
	<i>Öffentliche Beurkundung einer Erklärung</i> <i>des Autors (§ 417)</i> . . . . .	141	251
	<i>Öffentliche Beurkundung von Tatsachen</i> <i>(§ 418)</i> . . . . .	142	252
	<i>Privaturkunden (§ 416)</i> . . . . .	142	253–255
2.2.4.3	Beweisführung . . . . .	144	256–263
	Beweisurkunde beim Beweisführer (§ 420) . . . . .	144	257
	Beweisurkunde beim Gegner (§ 421) . . . . .	144	258–260
	Beweisurkunde bei einem Dritten (§ 428) . . . . .	146	261–263
2.2.4.4	Urkundenprüfungsverfahren . . . . .	147	264–283
	Äußere Mängel der Urkunde . . . . .	147	265
	Echtheit der Urkunde . . . . .	149	266
	<i>Urkundenechtheit im allgemeinen</i> . . . . .	149	266
	<i>Echtheit von öffentlichen Urkunden</i> . . . . .	149	267–276
	<i>Echtheit von Privaturkunden</i> . . . . .	153	277–283
2.2.4.5	Beweisvereitelung . . . . .	158	284
<b>2.2.5</b>	<b>Beweis durch Parteivernehmung . . . . .</b>	<b>158</b>	<b>285–308</b>
2.2.5.1	Parteivernehmung nach §§ 445–455 . . . . .	159	287–298
	Vernehmung des Gegners der beweisbe- lasteten Partei (§ 445) . . . . .	159	288–293
	<i>Beweisführung noch unvollständig</i> . . . . .	159	289
	<i>Parteivernehmung des Gegners als einziges</i> <i>Beweismittel</i> . . . . .	161	290–292

## Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
<i>Aussageverweigerung, § 446</i> . . . . .	161	293
Parteivernehmung der beweispflichtigen Partei	162	294–296
Parteivernehmung von Amts wegen (§ 448) . . .	163	297–298
2.2.5.2 Der Vernehmungstermin. Beeidigung . . . . .	165	299–302
2.2.5.3 Entschädigung . . . . .	166	303
2.2.5.4 Sonderfälle der Parteivernehmung . . . . .	166	304–308
Parteivernehmung nach § 287 ZPO. . . . .	166	304–305
Parteivernehmung nach § 613 ZPO. . . . .	168	306–308
<b>2.2.6 Die amtliche Auskunft</b> . . . . .	169	309–311
<b>3. Beweisaufnahme und erstinstanzliches Urteil.</b>		
<b>Beweiswürdigung</b> . . . . .	171	311–358
<b>3.1 Tatbestand</b> . . . . .	171	311–315
<b>3.2 Entscheidungsgründe</b> . . . . .	172	316–358
3.2.1 Begründungsgegenstände . . . . .	172	316–317
3.2.2 Die Beweiswürdigung . . . . .	173	317
3.2.2.1 Grundsätze: § 286 ZPO. . . . .	173	318
3.2.2.2 Systematik. . . . .	174	319
Beweisfragen und Beweisantworten . . . . .	174	320
Untersuchungsschritte. . . . .	175	321–322
3.2.2.3 Kriterien für die Glaubhaftigkeitsprüfung von Aussagen, insbes. Zeugenaussagen . . . . .	176	323–347
Problemstellung . . . . .	176	323
Lösungsweg . . . . .	177	324–347
<i>Negative Kriterien</i> . . . . .	179	327–339
<i>Positive Kriterien</i> . . . . .	185	340–347
3.2.2.4 Verarbeitung des Beweisergebnisses in den Entscheidungsgründen . . . . .	187	348–358
Aussagen von Zeugen und Parteien . . . . .	187	348–353
<i>Kritik an der Praxis</i> . . . . .	187	348
<i>Aufbau der Beweiswürdigung</i> . . . . .	188	349–353
Einnahme des Augenscheins . . . . .	190	354–355
Sachverständigengutachten . . . . .	191	356
Urkunden . . . . .	191	357
Amtliche Auskunft . . . . .	191	358
3.2.3 Zurückweisung von Beweisanträgen . . . . .	192	359
<b>4. Abweichungen für besondere Verfahrensarten</b>	193	360–430
<b>4.1 Urkunden- und Wechselprozess</b> . . . . .	193	360–364
4.1.1 Prüfung der Schlüssigkeit . . . . .	193	360
4.1.2 Prüfung der Statthaftigkeit . . . . .	193	361–363

## Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
4.1.3	Begründetheit . . . . .	195 364
<b>4.2</b>	<b>Berufungsinstanz.</b> . . . . .	195 365–384
4.2.1	Berufungsinstanz ist Tatsacheninstanz . . . . .	195 365
4.2.2	Prüfungsprogramm nach § 529. . . . .	195 366
4.2.3	Prüfung nach § 529 Abs. 1 Nr. 1; insbesondere Verfahrensmängel. . . . .	196 367
4.2.3.1	Übergehen von Parteivorbringen, insbeson- dere Beweisanträgen . . . . .	197 367–368
4.2.3.2	Verstoß gegen das Öffentlichkeitsprinzip. . . . .	198 369
4.2.3.3	Unstatthafte Parteivernehmung. . . . .	198 370
4.2.3.4	Glaubwürdigkeitsfeststellungen durch nicht beteiligte Richter . . . . .	199 371
4.2.3.5	Mängel in der Beweiswürdigung . . . . .	199 372–374
4.2.3.6	Nachträgliche Korrektur eines Beweismittels. . . . .	201 375
4.2.4	Prüfung nach § 529 Abs. 1 Nr. 2: neue Tat- sachen . . . . .	201 376–377
4.2.5	Beweisanträge und Beweiseinreden des Beru- fungsbeklagten . . . . .	203 378
4.2.6	Der Einzelrichter . . . . .	203 379–382
4.2.7	Beweisaufnahme und Berufungsurteil. . . . .	204 383–384
<b>4.3</b>	<b>Das selbständige Beweisverfahren.</b> . . . . .	206 385–409
4.3.1	Veranlassung . . . . .	206 385
4.3.1.1	Gefährdung eines Beweismittels (oder Zu- stimmung des Gegners). . . . .	206 386–388
4.3.1.2	Streitvermeidung . . . . .	207 389–391
4.3.2	Verfahren . . . . .	208 392–397
4.3.2.1	Antrag . . . . .	208 392–397
4.3.2.2	Zuständigkeit . . . . .	209 398–399
4.3.3	Die Entscheidung . . . . .	210 400–403
4.3.4	Beweiswert im Prozess . . . . .	211 404
4.3.5	Kostenfragen . . . . .	211 405–409
4.3.5.1	Gerichts- und Anwaltskosten . . . . .	211 405
4.3.5.2	Streitwert . . . . .	212 406
4.3.5.3	Kostenerstattung . . . . .	212 407–409
<b>4.4</b>	<b>Schiedsgerichtsverfahren (§§ 1025–1066)</b> . . . . .	213 410–411
<b>4.5</b>	<b>Beweisaufnahme im Ausland</b> . . . . .	215 412–430
4.5.1	§ 363 ZPO. . . . .	215 413–414
4.5.1.1	§ 1072 f. und die Verordnung der EG Nr. 1206/2001 . . . . .	215 415–417

## *Inhaltsverzeichnis*

	Seite	Randnummer
4.5.1.2	Haager Übereinkommen über die Beweis- aufnahme im Ausland in Zivil- und Handels- sachen vom 18. 3. 1970 . . . . .	217 418–428
	Beweisaufnahme durch eine ausländische Stelle (Rechtshilfe) . . . . .	217 417–420
	Beweisaufnahme durch Inländer im Ausland. .	218 421–426
4.5.1.3	Haager Übereinkommen über den Zivil- prozess vom 1. 3. 1954 . . . . .	219 427
4.5.1.4	UN-Übereinkommen über die Geltend- machung von Unterhaltsanprüchen im Ausland vom 20. 6. 1956. . . . .	220 428
4.5.2	§ 364 ZPO. . . . .	221 429–430
 <b>Anhänge:</b>		
	Anhang 1: Muster eines Beweisbeschlusses . . . . .	225
	Anhang 2: Muster-Apostillen . . . . .	228
	Anhang 3: Kriterien für die Aussagenwürdigung . . . . .	230
	 Literaturverzeichnis. . . . .	 233
	Stichwortverzeichnis . . . . .	235